

Danziger Zeitung.



Nr. 19381.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltenen gewöhnlichen Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Straßburg, 25. Febr. (W. L.) Bei dem Festmahl zu Ehren des Landesausschusses betonte der Statthalter, er habe im vorigen Jahre bei der gleichen Gelegenheit die Hoffnung ausgesprochen, daß es möglich sein werde, in absehbarer Zeit zu normalen Zuständen zurückzukehren. Es wurde möglich, die Wünsche der Bevölkerung zu erfüllen dank des regen, wohlwollenden Interesses des Kaisers für die Reichslande. „Wir werden“, sagte der Statthalter, „auch ohne Polizeiwang unsere Grenzen zu sichern und das Hausrecht zu wahren wissen.“ Der Landesausschuss könnte sorglos und ohne Verstimming an die Arbeit gehen.

London, 25. Februar. (W. L.) In Chelmsford gestern eine Eße in einer Fabrik ein und begrub mehrere Arbeiter, meist Frauen. 15 davon wurden getötet, von denen 7 sich noch unter den Trümmern befinden.

Politische Uebersicht.

Danzig, 25. Februar.

Zur neuesten Rede des Kaisers.

In Abgeordnetenkreisen war man schon seit einiger Zeit nicht darüber im unklaren, daß in höchsten Regionen zur Zeit eine schärfere Stimmung im Sinne des Volksschulgesetzes die Oberhand gewonnen hat, und die gegen den bekannten Artikel des „Hamb. Corr.“ gerichtete Notiz der „Nordd. Allg. Ztg.“, die im übrigen bestätigte, daß der Reichskanzler für die Erledigung des Gesetzes in dieser Session eintreten werde, war in dieser Hinsicht charakteristisch. Um so weniger kann es überraschen, daß der Kaiser in seiner gestrigen Ansprache bei dem Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtages Veranlassung genommen hat, seiner jetzigen Auffassung der Lage Ausdruck zu geben. Die Ansprache wird der Körperschaft, an welche sie gerichtet war, zweifellos sehr viel sympathischer gewesen sein, als z. B. die vorjährige, in der die „Brandenburger“ aufgerufen wurden, dem Kaiser „durch dich und dünn“ zu folgen. Damals handelte es sich um den Gegensatz zu dem Fürsten Bismarck, die neue Handelspolitik und die Herabsetzung der Getreidezölle. Dieses Mal, wo das Volksschulgesetz im Vordergrunde steht, wird es den „Brandenburgern“ nicht schwer, zu jubeln, wenn es heißt: „Mein Curs ist der richtige und er wird weiter gesteuert“. Eine andere Frage aber ist es, ob diejenigen, die jetzt als „Nörger“ und „Mäher“ in Gegensatz zu der Regierungspolitik gestellt und gewissermaßen aufgefördert werden, den Staub, von ihren Pantoffeln zu schütteln, dem Grafen Jellit „durch dich und dünn“ folgen werden, anstatt ihrer ehrlichen und erprobten Ueberzeugung. Sie werden den letzteren thun, unentwegt durch Rücksichten nach oben und gestützt auf ihre verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten gegenüber ihren Wählern. Dessen sind wir sicher, was auch im brandenburgischen Provinziallandtage vorgekommen sein mag!

Ob wirklich, falls das „Übergangsstadium“ durch Annahme der lex Jellit überwunden werden sollte, „ruhigere Tage“ kommen würden, ist eine Sache für sich. Höfentlich wird uns die Probe darauf erspart. Ist doch jetzt schon die Aufregung über die Vorlage, obgleich sie noch lange nicht „Gesetz“ ist, so groß, daß die conservativ-clericale Mehrheit der Commission es für angezeigt erachtet, die Debatten über die brennenden Punkte abzubrechen und sich zunächst mit den äußeren Verhältnissen der Volksschule zu beschäftigen, bei denen die prinzipiellen Gegensätze nicht so schroff in den Vordergrund treten.

Es ist wahr: „Mit Schlagwörtern allein ist es nicht gethan“ hat Se. Majestät gegen Schluss seiner Rede noch gesagt. Gewiß ist es damit nicht gethan, und mit einem solchen Schlagwort wie „Christenthum gegen Atheismus“ erst recht nicht, welches der Steuermann des neuen Curses in die Discussion geworfen hat. Dieses Schlagwort ist unrichtig, so unrichtig, wie der ganze Curs, der in der wichtigsten aller Fragen, der Schulfrage, gesteuert wird.

Was die Bemerkung anlangt, es wäre besser, daß „die misvergnügte Nörger lieber den deutschen Staub von ihren Pantoffeln schütteten“,

also auswanderten, so wird dieselbe nicht verfehlten, das größte Aufsehen zu erregen. Uns möge für heute nur eine Frage aufzuwerfen gestattet sein: Wenn alle diejenigen dem Vaterlande Dafür sagen würden, die heut zu Tage mit dem Volksschulgesetz aufs tiefteste unzufrieden und misvergnügt sind, wer würde dann noch zurückbleiben? Conservative Magnaten — ohne Arbeiter, Seelenhirten — mit geliebten Herden, Beamte und — Soldaten; weite Strecken des Landes, und wahrlich nicht die schlechtesten, würden zur völligen Einöde werden; die Zurückbleibenden würden jedensfalls die Minderzahl sein, wie man leicht erfahren würde, wenn man das Volk durch eine Wahl befragen wollte. Denn das ist ja und bleibt das unerschütterliche, durch die vom Kaiser beschworene Verfassung gewährleistete Recht eines jeden Staatsbürgers, seiner eigenen Meinung freien Ausdruck zu geben, gleichviel, ob sie mit der mafgebenden Kreise übereinstimmt oder nicht, gleichviel, ob sie mit der des ersten Dieners des Staates, wenn derselbe einmal sich mitten hineinbegiebt in die Discussion der Tagespolitik, deckt oder nicht. Und jeder Staatsbürger hat ferner das Recht, mit den ihm von der Verfassung garantirten Mitteln Einfluß zu suchen auf den Gang der Politik und jede Regierungsmaschine nach seiner Anschauung zu kritisieren, ohne deshalb den Wanderstab ergreifen zu müssen.

Wir meinen daher, bei aller Erfürcht vor den Worten des Kaisers: Die Aufgabe der Regierung scheint es uns weniger zu sein, die Misvergnügten auf die Auswanderung zu verweisen, als vielmehr eine Politik einzuschlagen, welche das Umstechen des Misvergnügten zu verhindern, nicht aber zu fördern geeignet ist; und was man in dieser Beziehung von der gegenwärtig begoltenen Politik beim Schulgesetz zu sagen hat, dürfte klar sein. Wir fürchten, daß die „Lib. Corresp.“ Recht behält, wenn sie, wie erwähnt, ausruft: „Der Vorwurf der „Nörger“ wird nicht Del in das aufgeregte Meer, sondern Del in das Feuer sein.“

Preßstimmen über die Kaiserrede.

Die „Frei. Sta.“ schreibt: Auch in der vorjährigen Rede auf dem Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtages am 20. Februar 1891 klagte der Kaiser über die Verlücke, die Gemüther zu ängstigen, und über den Geist des Ungehorsams, der durch das Land schleiche. Er meine, ein gewisses Leben und ein gewisses Jaudern mehrzunehmen und zu sehen, daß es den Herren nicht leicht werde, den Weg zu beschreiten, der er sich vorgesetzt habe. Er aber lasse sich dadurch nicht beirren etc. Bei derselben Gelegenheit forderte der Kaiser die Brandenburger auf, ihrem Markgraf durch Dich und Dünn zu folgen. Es ist dies dieselbe Denkungsart, welche auch in der Einzeichnung in das Gedenkbuch der Stadt München im vorigen Herbst mit den Wörtern zum Ausdruck gelangte: supremo lex regis voluntas. Dieselbe Ansicht macht sich auch geltend in der bekannten Unterschrift auf dem Blatte im Cultusministerium: Sic volo sic jubeo. Auch bei dem Banket des brandenburgischen Provinziallandtages am 5. März 1890 äußerte der Kaiser: „Diesenjenigen, welche sich mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerstrennen ich.“ Am 4. Mai 1891 äußerte der Kaiser in einem Trinkspruch auf dem Banket des rheinischen Provinziallandtages: „Einer nur ist Herr im Lande, und das bin ich. Keinen anderen werde ich neben mir dulden!“

Es ist durchaus richtig, daß Deutschland aus den Kinderschuhen allmählich herauswächst. Wir glauben sogar, daß Deutschland schon das Jünglingsalter hinter sich hat und in das reife Mannesalter getreten ist. In Folge dessen hat Deutschland auch den Absolutismus längst abgestreift und eine konstitutionelle Verfassung erhalten, welche eine constitutionelle Regierungswise bedingt.

Die heutigen öffentlichen Zustände, die Verhältnisse unseres Reiches und Staatswesens sind so mannigfach und schwierig, daß der beste Wille und das reichste Wissen eines Einigen nicht ausreicht, eine richtige Lösung aller politischen Fragen zu verbürgen. Eben darum ist es Aufgabe aller Patrioten, in selbstständiger Weise nach bestem Wissen und Gewissen für das Wohl des Vaterlandes mitzuarbeiten. Dieselben dürfen sich dabei nicht minder als der Monarch selbst auf ihre Verantwortung vor Gott berufen und vertrauen, daß dieselbe Gnade Gottes, welche den Monarchen erleuchtet, auch andern nicht vorerhalten wird.

Die Parteien, d. h. ohne zielbewußtes Zusammenspielen patriotischer Männer derselben Denkungsart und ohne kritische Prüfung aller Regierungsmassnahmen wäre keine heile Zukunft vorhanden, das nicht die Regierung troh der besten Vorfäße ihrer Leiter mehr und mehr in die Irre gerät.

Nichts könnte insbesondere verhängnisvoller werden, als wenn diejenigen, welche eine der maßgebenden Richtung abweichende Ansicht hegen, misvergnügt dem Vaterlande den Rücken kehren wollten. Denn da auch die Ansichten der Regierung im Laufe der Zeiten sich

„Das Bild des Signorelli“ zur Aufführung gebracht hat. Possart stellte den Professor Waede in seinem Aeußern — wohl etwas willkürliche als Gelehrten und Künstler dar; er kam in einem Auftritt mit Palette und Pinsel auf die Scene. In dem Stücke selbst ist, so viel wir wissen, keine Andeutung, daß der Kunsthistoriker Waede zugleich auch ausübender Künstler ist. Hr. Klein führt den Mann uns nun lediglich als Gelehrten vor in einer wunderbar feinen Maske. Es war ein höchst interessanter Gelehrtenkopf, das durchgezogene, blaße Antlit mit der hohen Stirn, umgeben von langen, weißen Haaren, die Züge mild und freundlich von fast weiblicher Weisheit; nicht allein das treffende Bild eines Gelehrten, sondern auch eines Gelehrten, wie es eben dieser Kunstreiche ist, voll Milde und Güte, aber zugleich schwach als Vater und Künstlerhaupt und von nervöser Reizbarkeit, wie sie bei Ästhetikern wohl häufiger sich findet. Diesem Kopf entsprach nun genau die Anlage der übrigen Persönlichkeit in allen Einzelheiten, namentlich in dem Ton der Sprache; und auf dieser Grundlage wurde nun weiter die tragische

vielfach in ihr Gegenheil verkehrt haben, so wäre Gefahr vorhanden, daß dabei zuletzt nur diejenigen noch im Lande bleiben, welche jeder selbstständigen Ansicht enthalten.

Berlin, 25. Februar. (Privattelegramm) Zur Ansprache des Kaisers bemerkt die „National-Zeitung“:

„In einem Lande mit öffentlichen Einrichtungen, wie dem unsrigen, braucht man nicht auszuwandern, wenn man mit den Regierungsmassregeln unzufrieden ist. Nach der preußischen Verfassung haben alle Staatsangehörigen das Recht, durch die Wahlen, die Presse und Versammlungen auf denselben Gang der öffentlichen Angelegenheiten hinzuwirken, welchen sie für den richtigen erachten, und ebenso verhält es sich im Reiche.“

Die nationalliberale „Vörszeitung“ sagt:

„Man kann das Vaterland herzlich lieben und darum erst recht an einzelnen Maßregeln kritisieren. Darin liegt ja der Beweis für die Wahrheit der Behauptung, daß Deutschland den Kinderschuhen entwachsen ist.“

Das „Berliner Tageblatt“ citirt lediglich den Artikel der Verfassung, welcher besagt: „Jeder Preuß hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern.“

Der „Vorwärts“ meint:

„Die Aufforderung, auszuwandern, lehnen wir kühl ab. Deutschland wäre eine Wüstenei, wenn seit dem Bestehen des Reiches alle ausgewandert wären, welchen die politischen Verhältnisse nicht gefallen.“

Die socialistischen Anträge im Reichstage.

Die Berathung über den Antrag Auer u. Gen. wegen sofortiger Aufhebung sämmtlicher Lebensmittelzölle in der gestrigen Sitzung des Reichstages hat einen nicht gerade sehr erbaulichen Verlauf genommen. Der Antrag ist schon in der ersten Lebenszeit des neuen Reichstages eingebrochen worden, kam aber in der Session von 1890 überhaupt nicht zur Berathung. Im Januar 1891 fand die erste Lesung desselben in Verbindung mit der Resolution Richter u. Gen., die zunächst die Heraufsetzung der Getreidezölle auf den Satz von 1885 und alsdann eine durchgreifende Revision des Zolltarif im Sinne der Erleichterung verlangte, statt. Dabei ereignete sich das Merkwürdige, daß die Richter'sche Resolution mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, während im Dezember v. J. die Handelsverträge, welche die Resolution in der Hauptsache durchführten, mit noch größerer Mehrheit angenommen wurden. Über den Antrag Auer konnte im Jahre 1891 in der ersten Lesung nicht beschlossen werden; die zweite Berathung blieb vorbehalten und diese hat nach Jahresfrist — gestern — stattgefunden. Aber fragt mich nur nicht, wie? Wenn die Socialdemokraten nicht das Bedürfnis gehabt hätten, sich wieder einmal als die eigentlichsten Vertreter der Interessen des armen Mannes zu gerieren, so hätten sie den Antrag einfach fallen lassen, denn daß heute, wenige Wochen nach dem Inkrafttreten der Handelsverträge, ein Gesetz, welches sämmtliche Lebensmittelzölle mit einem Schlag aufhebt, schon finanziell unmöglich ist, versteht sich von selbst. Herr Bamberger, der noch ausdrücklich auf diesen, für die Herren Socialdemokraten natürlich gleichgültigen Umstand hinweist, verglich die Reden für und gegen den Antrag Auer ganz zutreffend mit den eingesprochenen Tönen der Münchhausen'schen Trompelei, welche die warme Lust plötzlich aufkaut und erklingen läßt. Er stellte für die dritte Lesung eine motivirte Tagesordnung in Aussicht, obgleich er sich nicht verhehlte, daß das Haus auf die Erfüllung dieser Zusage keinen Werth legen und den Antrag sofort pure ablehnen werde, was denn auch, wie etwas selbstverständliches geschah. Während Centrum, Conservative und Nationalliberale für Ablehnung stimmten, gaben die Freisinnigen und die Volkspartei durch ihr Ja ihrer prinzipiellen Stellung zu den Lebensmittelzöllen Ausdruck und damit war die Sache abgelöst.

Der zweite socialdemokratische Antrag, der die Einstellung der auf Grund des Socialistengesetzes seiner Zeit eingeleiteten und noch nicht beendigten Prozesse, die Aufhebung der auf Grund des Gesetzes erfolgten Beschlagnahmen und die Zurücknahme der Beschränkungen der Gewerbebetriebe, die auf Grund des Gesetzes erfolgt sind, verlangt, ist im Herbst 1890 nach dem Auftretreten des Socialistengesetzes gewissermaßen als Ersatz für die agitatorischen Discussionen über

Entwickelung des Charakters mit strengster Consequenz ausgeführt. Der Künstler bereitet durch sein nervöses Gebaren, sowie durch das Stocken des Wortgedächtnisses beim Reden auf die kommende Seelenstörung vor. Hr. Klein ist ein Meister in der Kunst, die kleinen und kleinsten, dem Leben durch sorgames Studium abgelaufenen Jüge den von ihm geschaffenen Lebensbildern mit überzeugender Naturwahrheit einzufügen. Und so gelang es ihm denn auch hier vollkommen, die Gestalt, die der Dichter erdacht, mit einer solden Fülle an Lebenswahrheit auszustatten, daß wir jeden Augenblick den Eindruck hatten, in ein Stück wirkliches Haus- und Familienleben hineinzuschauen.

Wir haben das Stück selbst bei der ersten Aufführung im Dezember v. J. eingehend besprochen und in ihm eines der besten Erzeugnisse der neuesten Bühnenliteratur willkommen gehisst. Wir haben damals auch die Beziehung der verschiedenen Rollen, die gestern dieselbe war, erörtert. Hr. Maximilian und Hr. Rörner hatten das ungleiche Brüderpaar (Oskar und Fritz Wäde), jeder seinen Part mit richtigen Farben gereicht und

das Socialistengesetz selbst eingebrochen; aber nach Lage der Geschäfte, d. h. da die Anträge aus dem Hause in der Regel der Reihe folge der Einbringung nach zur Berathung kommen, stand die erste Berathung erst gestern statt. Eine Beschlussfassung war, da Commissionsberathung nicht beantragt wurde — was die Tendenz des Antrags am besten charakterisiert — von vornherein ausgeschlossen. Sollte der Reichstag in diesem Frühjahr noch einmal anstatt geschlossen, verlegt werden, so kann vielleicht im nächsten Jahr die zweite Berathung stattfinden, deren Ergebnis um so zweifelsohne ist, als für dieselbe nur der Abg. Stadthagen gesprochen hat, der nebenbei sich durch die Bezeichnung des Socialistengesetzes als einen „Schandfleck“ eine parlamentarische Rüge zuzog. Ohne der gleichen Zwischenfälle zu reden, ist den Herren Stadthagen u. Gen. nachgerade nicht mehr möglich. Bekanntlich war es ein anderer Socialdemokrat, der Abg. Hasselmann, der s. J. sich noch kräftiger ausdrückte, als er ausrief: Ich sp — auf das Gesetz — was um so undenkbarer war, als das Socialistengesetz in agitatorischer Weise bewiesen. Die wüthendsten und boshaftesten Ausfälle des „Vorwärts“ gegen den Bourgeois-Staat haben nicht ein Tausendstel des Einflusses auf die Arbeiterschaft, wie das kleinste Stückchen Socialistengesetz bis zum 30. September 1890 gehabt hat.

Auf der Tagesordnung stand auch noch ein dritter Antrag der Socialdemokraten, der famose Antrag betreffend die Verstaatlichung der Apotheken. Dieser Antrag hat durch das Liegen nicht von seinen Reihen eingehüft; aber gerade er wurde von der Tagesordnung unbarmherzig abgelehnt und das Haus vertagte sich bis heute, wo Herr v. Stephan mit seinem Telegraphengesetz neue Giege feiern wird.

Ein Katholik über das Centrum.

Die Rolle der Regierungspartei, welche das Centrum jetzt spielt, hat auch ihre Schattenseiten. Diese Partei, welche an der Beunruhigung des Volkes durch den Schulgesetzentwurf keinen Anstoß nimmt, hat bekanntlich die Ruhe Deutschlands zu derselben Zeit nicht durch Berathung ihres Antrages auf Rückberufung der Jesuiten fören wollen. Dafür muß sie folgende Spottverse des erzählerischen „Ban. Vaterlandes“ — Dr. Sigl — in München über sich ergehen lassen:

„Die Helden vom Centrum.“
Es zog das Centrum mit mächtigem Truh.
Zum Kampfe für Jesuitenschuh.
Der Streiter mächtiger Herrzug schwoll.
Gar mancher blinkende Name erscholl.

Doch als der Morgen der Schlacht erschien,
Da sah man den „Feldherrn“ von dannen fliehn.
Aus „taktischen Gründen“ man schmähtlich wisch.
Und machte sich „taktisch“ lächerlich.

Die Huenen vom Centrum, die Ballesstrem,
Die andern secundum ordinem,
Sie stakten selbänder den Degen ein,
Um ja „nach Oben genehm“ zu sehn!
Denn oben, ja oben hat man's nicht gern,
Doch gar zu mutig die mutigen Herrn;
Gehorsam ist des Christen Schmuck,
Dr'cum weicht das Centrum mutig — zurück!

Beim Centrum ist alles herrlich bestellt
Par ordre du Mufti ist jeder ein Held,
Par ordre du Mufti fällt jeder um;
Sie nennen das „kug“, doch andere dumm.

Bei der Abstimmung über den Antrag Buhl-Richter, betreffend Militärgerichtsbarkeit und Beschwerderecht, fehlten von demselben Centrum nicht weniger als 38 Mitglieder, welche somit die Regierung tapfer im Stich gelassen haben.

Vorlage über die Arbeiterinnen in Zuckerfabriken.

Dem Bundesrath ist durch den § 189a der Gewerbeordnung die Ermächtigung erteilt worden, für Fabriken, deren Betrieb seiner Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist, Ausnahmen von den Vorschriften über das Verbot der Nachtarbeit, über den Maximalarbeitsstag sowie die Arbeitspausen für die Arbeiterinnen nachzulassen. Zu den bezeichneten Fabriken gehören in erster Reihe die Zuckarfiklen. Dem Vernehmen nach werden nun gegenwärtig die Ausnahme-Bestimmungen festgestellt, welche für die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Zuckarfiklen gelten sollen. Dem Bundesrath dürfte deshalb schon in nächster Zeit eine darauf bezügliche Vorlage unterbreitet werden.

Führten ihre Aufgaben auch dies mal sehr beispielhaft bis zum Ende durch. Desgleichen können wir auch der sehr verständigen Behandlung der Partie des Kunsthändlers Pfeiffer durch Herrn Aub unsere volle Anerkennung zollen. Allerliebst gab Fr. A. Calliano den etwas verwöhnten Backfisch Räthe; Fr. Geebach als Mutter Wäde, Fr. Banciu als Ella v. Geebach waren sehr tüchtig; auch Herr Schreiner unterstützte in der kleinen Partie des Dr. Neill die Vorstellung bestens.

Herr Maximilian behauptet in einer Fazschrift an uns, daß ihm Unrecht geschehen sei, wenn in unserer Besprechung der letzten Faust sei nicht ganz sicher im Text seiner Partie gewesen. Er sei — sagt er — ganz fest in seiner Rolle gewesen, und der Schein der Unsicherheit sei dadurch entstanden, daß eben sein Partner nicht sicher gewesen. Wir sind dem Wunsche des Hrn. Maximilian hierdurch nachgekommen, ohne deshalb unser Urteil modifizieren zu können.

Beförderung von Expressgut.

Der Entwurf eines neuen Betriebsreglements für die Eisenbahnen Deutschlands soll einen ganz neuen Abschnitt über die Beförderung von Expressgut enthalten. Danach können die Eisenbahnen in den Tarifen bestimmen, daß der Transport von Gütern, welche sich zur Beförderung in Packwagen eignen, auch wenn sie nicht als Reisegepäck zur Aufgabe gelangen, auf Gepäckchein oder auf besonderen Beförderungsschein zulässig ist. Bei Abfertigung des Expressgutes mit Gepäckchein ist solcher in der Regel gewöhnlich dem Abnehmer auszuhändigen. In diesem Falle erfolgt die Auslieferung des Guts am Bestimmungsorte gegen Rückgabe des Gepäckcheins. Jedoch kann auf Verlangen des Absenders der Gepäckchein auch der Gendung beigegeben werden, wenn diese mit der vollen Adresse des Empfängers versehen ist. In diesem Falle erfolgt die Auslieferung nach der besonderen Vorschrift jeder Verwaltung. Bei Abfertigung der Expressgüter mit Beförderungsschein muß dieser die Gendung stets begleiten und das Gut mit der vollen Adresse des Empfängers versehen sein. Die Auslieferung erfolgt am Bestimmungsort nach den in den Tarifen enthaltenen Vorschriften. Im übrigen finden auf die Beförderung von Expressgut die sonstigen Bestimmungen über die Beförderung von Reisegepäck sinngemäß Anwendung, soweit nicht durch die Tarife die Anwendung der Vorschriften über die Beförderung von Gütern vorgesehen ist.

Was übrigens den Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Betriebsreglements betrifft, so soll in Aussicht genommen sein, denselben auf den Beginn der Wirksamkeit des internationalen Uebereinkommens festzusetzen. Da dieser Zeitpunkt nun noch nicht festgestellt ist, so soll dem Reichskanzler die Bestimmung des Tages, an welchem das neue Reglement in Wirkksamkeit treten hat, überlassen werden.

Fortdauer der Krise in Paris.

Mit dem Ministerium Rouvier, das schon fertig zu sein schien, wird es nichts. Iwar hatten bereits die opportunistischen, conservativen sowie auch einzelne radikale Blätter die Neubildung des Cabinets durch Rouvier, wobei die meisten früheren Minister ihre Portefeuilles behalten würden, als feststehende Thatache betrachtet und Beurtheilungen in günstigstem Sinne gebracht. Da erhoben sich neue Schwierigkeiten. Freycinet stellte vor Übernahme des Portefeuilles des Krieges im neuen Cabinet gewisse Bedingungen und verschob seine endgültige Erklärung, bis ihm die Namen sämtlicher neuen Minister bekannt gegeben seien. Auch Bourgeois lehnte ab, in das Cabinet Rouvier einzutreten, da dasselbe keine entschiedene und klare Politik verbürgte. Unter solchen Umständen hat Rouvier selbst verzichtet, wie nachstehendes Telegramm meldet:

Paris, 25. Februar. (W. L.) In Folge der Bedenken des Ministers Freycinets machte auch Ribot Vorbehalte. Rouvier begibt sich morgen in das Elysée, um Carnot das Mandat zur Cabinetbildung zurückzugeben.

Eine Mittheilung aus amtlichen Kreisen erklärt die Nachricht für unrichtig, daß Baron v. Rothschild gestern von dem Präsidenten Carnot empfangen worden sei und demselben dringend empfohlen habe, Rouvier mit der Bildung eines neuen Cabinets zu beauftragen.

Der skandinavische Konflikt.

Der drohende Konflikt zwischen dem Könige von Schweden und dem norwegischen Storting beschäftigt auch die Stockholmer Presse lebhaft. "Aftonbladet" will noch nicht glauben, daß die schwedische Regierung in der Consulatsfrage einen Beweis „krampfhafter Festigkeit“ geben will. „Sollte die schwedische Regierung indessen wirklich“, so sagt das Blatt, „durch ihre Schuld einen gefährlichen Konflikt in dieser Frage hervorgerufen haben, dann wäre das ein neuer und beunruhigender Beweis ihrer Unlüufigkeit.“

König Oskar hat mehrfach mit dem Minister des Auswärtigen, Graf Lewenhaupt, dem schwedischen Justizminister Degersten und dem Staatsrath Wikblad conseriert. Die Sprache der liberalen Blätter wird immer drohender. „Dagbladet“, das zu dem Ministerium Steen in Beziehung steht, hält es für unmöglich, daß sich ein Norweger zur Bildung eines Ministeriums finden würde, wenn das Ministerium Steen wegen der Cabinetsfrage zurücktrete.

Erregung gegen den Grafen Tolstoi.

Aus Petersburg, 20. Februar, wird der „Pol. Correspondent“ geschrieben, daß das vielbesprochene Schreiben, welches Graf Leo Tolstoi kürzlich in englischen Blättern über die Hungersnoth in Russland veröffentlicht hat, bei der Mehrheit der höheren Gesellschaftskreise in Petersburg lebhafte Missbilligung erfährt. Man ist sich in diesen Kreisen über die Gefahren einer derartigen Aufführung klar, die von einem so hervorragenden Manne ausgeht, der als bedeutender Schriftsteller, wie durch sein Zusammensein und Zusammenarbeiten mit dem Volke mit einer ungewöhnlichen Autorität bekleidet erscheint. Es ist unausbleiblich, daß die Bevölkerung, die mit dem Grafen Tolstoi in Verbindung kommt, für ihn seit dem Augenblick, wo er in der Bekämpfung der Hungersnoth und in der Unterstützung der Notleidenden eine so umfassende Thätigkeit entwickelt, eine noch lebhafte Begeisterung empfinden muß, als bisher. Und eine Folge davon ist, daß die Bauern für die Lehren, die der von ihnen so hoch verehrte Mann predigt, vollständig eingenommen werden, um dieselben früher oder später in wirkliche That umzusetzen. Die Pressegänge des russischen Adels tadeln das Vorgehen des Grafen Tolstoi in Ausdrücken des schärfsten Unwillens und zeihen ihn des Derrathes an seinem Stande, an Jar und Vaterland. Der „Grafschdanin“ spricht sein tadelndes Befremden gegenüber der Regierung aus, welche gegen obfice Studenten mit aller Strenge vorgeht, die aus Unerfahrenheit und in unklarem jugendlichen Überchwang subversive Flugschriften veröffentlichten, während sie einen Mann von der Stellung, dem Geiste und der Bedeutung eines Tolstoi, der sich über die Endziele seiner revolutionären Propaganda ganz klar ist, unbeküllt läßt, obgleich die Lehren dieses volksthümlichen Schriftstellers eine unheilsvolle Saat ausbreiten, die unzweifelhaft ausgehen wird. Das Blatt verlangt daher, daß die Behörden repressive Maßregeln gegen den Grafen Tolstoi ergreifen. Es muß aber als sehr zweifelhaft erscheinen, ob die

Regierung gegen den gesierften Schriftsteller tatsächlich einschreiten werde.

Abgesehen aber davon, daß Graf Tolstoi begeisterte Anhänger in hohen und einflußreichen Kreisen hat, wäre insbesondere der gegenwärtige Zeitpunkt, wo er durch die von ihm seit Beginn der Hungersnoth entwickelte Thätigkeit für die heimgekämpfte Bevölkerung auf den Höhepunkt der Popularität gelangt ist, für eine Maßregelung des berühmten Mannes schlecht gewählt.

Ueber die Vorgänge in Uganda kommen jetzt aus französischen Missionsquellen mehrfach Nachrichten, die über die Niederlage der Muhamadaner Licht verbreiten. Danach hätte die Armee des Königs Mwanga in Stärke von 20 000—25 000 Mann, von denen 6000—7000 Mann mit Flinten versehen waren, in Unjoro die muhamadanische Streitschaar angegriffen, die mit 3000 Kriegern Rabegas nicht über 7000 Mann betrug. Es kam zu einem Gefecht, in welchem der Feind an 200 Mann verlor und sich, der Übermacht weichend, zurückzog. Die Engländer waren noch gar nicht ins Tressen gekommen. An eine weitere Verfolgung des Feindes auf das Gebiet Rabegas war nicht zu denken, da das Land verwüstet war. Das Lager und die neuerrichtete Hauptstadt der Muhamadaner ist zerstört und dem Erdbeben gleich gemacht worden. Die englischen Offiziere, die mit den muhamadanischen Anführern in Unterhandlung traten, hofften die Missionare bald von der Gegenwart so schlimmer Nachbarn zu befreien, indem sie dieselben am Westufer des Albert-Eduardsee angesiedelt gedachten. Ob es möglich sein wird, die mit ihren Weibern und Kindern an 2000 Köpfen zählende Bande fortzubringen, ist zweifelhaft, und fraglich, ob sich die Muhamadaner in dem angewiesenen Gebiet ansiedeln und ihre Raubzüge und Sklavenjagden aufgeben werden.

Deutschland.

* [Abg. Bebel], welcher 1867 in den konstituierenden Reichstag eintrat, hat in diesen Tagen sein 25jähriges Parlamentsjubiläum gefeiert. Von den Sozialdemokraten wurde dieses Jubiläum, wie der „Vorwärts“ berichtet, feierlich begangen.

* [Herr v. Bockum-Dolfs] hat für die ihm gewidmeten Glückwünsche zu seinem 91. Geburtstag ein Dankesbrief veröffentlich.

* [Berliner Anarchisten.] Auf den Antrag des Oberrechtsanwalts in Leipzig hat das Reichsgericht unter 22. d. M. beschlossen, gegen die in Berlin verhafteten Anarchisten die Untersuchung wegen Hochverrats zu eröffnen. Betreffs der Überführung der Gefangenen nach Leipzig ist noch keine Bestimmung getroffen worden. Zehn Personen befinden sich noch in Haft.

* [Theater-Censur.] In Posen ist das Schauspiel „Gleiches Recht“ von der Polizei verboten worden. Die „Pos. Illg.“ ist außer Stande, den Grund dieser Polizeimahregel errathen zu können. Das Stück wurde in Berlin bereits unbeantwortet gegeben, ja noch mehr, das Posener Publikum hatte bereits in zwei Aufführungen Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen, daß das genannte Drama durchaus keine den Staat oder die Sittheit gefährdenden Tendenzen enthalte.

München, 24. Februar. Die Kammer der Abgeordneten beendete die Berathung des Zollstaats. Der auf Bayern entfallene Anteil an den Reichsstaaten wurde anstatt der im Budgetvoranschlag angenommenen 20 Millionen auf 22 100 000 Mk. angesetzt. Die Verlegung des Hauptkantons in Pronten nach Süden wurde abgelehnt.

Schweiz.

Bern, 24. Februar. Die spanische Regierung hat den Bundesrat ersucht, die schweizerischen Unterhändler zum Zwecke der Vereinbarung eines neuen Handelsvertrags zu bezeichnen und hat sich hierbei prinzipiell bereit erklärt, die Ansätze des neuen Minimalpolitarismus zu ermöglichen.

Frankreich.

Paris, 24. Februar. Bezüglich des Dynamitdiebstahls in Gossy-sous-Etiolles meldet das „Journal des Débats“, die Polizei, welche wegen der großen Anzahl der noch nicht aufgefundenen Patronen beunruhigt sei, habe besondere Maßnahmen zur Sicherung der spanischen Botschaft getroffen. Den Anarchisten sei es gelungen, einen Theil des Dynamits nach Spanien zu schaffen.

Bon der Marine.

* Das Kanonenboot „Wolf“ (Commandant Corvetten-Capitän Hellhoff) geht am 25. Februar cr. von Hankow nach Kinkiang in See.

* Die Kreuzerkorvette „Prinzess Wilhelm“ wird in den nächsten Tagen von Portsmouth die Weiterreise nach der Westküste von Afrika fortsetzen und nach kurzem Aufenthalt wieder in die Heimat zurückkehren. Zweck der Reise ist lediglich Erprobung der Maschinen bei Daueraufnahmen und des Verhaltens dieser noch neuen Schiffsklasse in tropischen Altitmen. Es liegt auf der Hand, daß diese mit einem gewölbten Panzerdeck und großen maschinellen Einrichtungen versehenen Kreuzerkorvetten sich nicht in dem Maße bei dauerndem Aufenthalt in den Tropen bewähren werden, wie die früheren hohen und lustigen Kreuzerfregatten und die eigens für diese Zwecke gebauten leichten Kreuzer der „Schwalbe“- und „Bussard“-Klasse. Die Constructionsfrage der geschwungenen Kreuzer ist noch keineswegs abgeschlossen, und so wird auch diese Probefahrt der „Prinzess Wilhelm“ nach der westafrikanischen Küste eine Reihe wertvoller Beobachtungen liefern, die den weiteren Ausbau unserer Kreuzerflotte von Wichtigkeit sein werden.

Der Entwurf eines Gesetzes über das Auswanderungswesen.

Der am 16. Februar 1892 dem Bundesrat zur Beschlussannahme vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über das Auswanderungswesen ist für alle diejenigen Gegenden, aus denen die Auswanderströme fließen, also namentlich auch für Westpreußen von der größten Bedeutung. Wir machen unsere Leser deshalb mit seinem Inhalt ausführlich bekannt und behalten uns vor, auf seine Urtheilung demnächst zurückzukommen.

Der Entwurf teilt die Materie in acht Abschnitte. Der erste derselben behandelt den Unternehmer, d. i. wer die Beförderung von Auswanderern nach außerdeutschen Ländern betreiben will. Der Unternehmer bedarf der vom Reichskanzler zu ertheilenden Erlaubnis. Er muß entweder Reichsangehöriger sein und seinen Wohnsitz und seine gewerbliche Niederlassung im Reichsgebiete oder bei überseischer Beförderung an einem deutschen Hafenplatze haben; oder er muß juristische Person, eingetragene Genossenschaft, Aktiengesellschaft oder Commanditgesellschaft auf Actien sein und als solche Sitz im Reichsgebiete haben. Sofern es sich

um die letzte Gesellschaftsform handelt, müssen ferner sämtliche persönlich haftende Gesellschafter Reichsangehörige sein, und wenn überseische Beförderung beabsichtigt ist, ihren Sitz an einem deutschen Hafenplatze haben. Außerdem hat der Unternehmer eine Caution von mindestens 30 000 Mk. zu bestellen und im Falle überseischer Beförderung nachzuweisen, daß ihm zu dieser Beförderung geeignete eigene Schiffe zur Verfügung stehen.

Die Erlaubnis wird nur für bestimmte außerdeutsche Länder oder Theile von solchen und bei überseischer Beförderung nur für bestimmte Einschiffungshäfen ertheilt. Sie wird nicht ertheilt für solche überseische Beförderung, welche von einem außerdeutschen Hafen ausgeht. Hat jedoch das Schiff seine Reise von einem deutschen Hafen ausgetreten, so kann dem Unternehmer gestattet werden, mit demselben auch von außerdeutschen Zwischenhäfen aus Auswanderer zu befördern. Versagt wird die Erlaubnis für solche überseische Beförderung, welche mit Transportwechsel in einem außerdeutschen Hafen verbunden ist. Indessen kann der Reichskanzler von dieser Vorschrift und von denen des Absatzes 2 zu Gunsten solcher deutscher Gesellschaften abscheiden, welche sich die Besiedelung eines von ihnen in überseischen Ländern erworbenen Gebiets zur Aufgabe machen. Andere Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Bundesrathsausschusses für Handel und Verkehr. Die Erlaubnis berechtigt den Unternehmer zum Geschäftsbetrieb im ganzen Reichsgebiete. Außerhalb des Gemeindebezirks seiner gewerblichen Niederlassung hat sich derselbe indessen ausschließlich der Vermittelung seiner gesetzlich zugelassenen Agenten zu bedienen, sofern es sich nicht lediglich um die Ertheilung von Auskunft und die Bekanntmachung der Beförderungsgelegenheiten und Beförderungsbedingungen handelt.

Jur Ausübung seines Geschäftsbetriebes durch Stellvertreter bedarf der Unternehmer der Erlaubnis des Reichskanzlers. Der Stellvertreter kann im Falle des Todes des Unternehmers oder im Falle eines Curatel für denselben den Geschäftsbetrieb für Rechnung der Erben oder des unter Curatel bestellten Unternehmers höchstens 6 Monate lang weiterführen. Die Erlaubnis ist endlich jederzeit beschränkbar oder widerruflich.

Abschnitt II behandelt den Agenten, die Person, welche es sich zum Geschäft machen will, bei der Beförderung von Auswanderern durch Vorbereitung, Vermittlung oder Abschluß von Verträgen oder in sonstiger Weise mitzuwirken. Der Agent bedarf der von der höheren Verwaltungsbehörde zu ertheilenden Erlaubnis. Er muß Reichsangehöriger sein, im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz der höheren Verwaltungsbehörde seine gewerbliche Niederlassung haben oder wohnen und von einem zugelassenen Unternehmer bevollmächtigt sein. Außerdem hat er eine Caution von 3000 Mk. zu bestellen. Der Bundesrat kann noch weitere Bestimmungen über die Ertheilung der Erlaubnis treffen. Die Erlaubnis berechtigt zunächst zum Geschäftsbetrieb im Besitz

den beiden bei Graudenz arbeitenden Eisbrechdampfern noch ein dritter Dampfer in Thätigkeit treten können. Den Dampfern ist es gestern Abend gelungen, durch die Hauptstopfung des Eises an der Courbierechanze durchzubrechen. Auf die Eingabe des Graudenser Magistrats, die Stopfung durch Sprengungen zu beseitigen, hat der Herr Oberpräsident erwidert, daß solche Sprengungen (wie wir schon früher ausgeführt haben, Red. d. "Danz. Ztg.") mit Rücksicht auf die Lage der Schollen in der Stopfung nicht ausführbar gewesen wären, weil das Eis doch liegen gelassen wäre. Die Eisbrechdampfer hätten eine Linie von 1800 Meter Länge gebrochen, um Strom zu erzeugen und es sei zu hoffen, daß sie den Rest der Stopfung bald beseitigen würden.

Aus Thorn telegraphiert man uns heute Mittag: Seit gestern steigt das Wasser der Weichsel langsam; jetziger Wasserstand 86 Centimeter.

* [Chrenmitgliedschaft.] Der hiesige ärztliche Verein hat Herrn Dr. Lissauer, den bisherigen Vorsitzenden der westpreußischen Ärztekammer, welcher demnächst aus Danzig scheidet, in Anerkennung seiner Verdienste um die Erhebung des ärztlichen Standes einstimmig zum Ehrenmitglied ernannt. Das hierüber ausgesetzte, von Gebr. Jeuner in Danzig mit Aquarellbildern des Grünen Thors, des Hauses der Naturforschenden Gesellschaft und des Franziskanerklosters und sonstigen künstlerischen Schmuck ausgestattete Diplom wurde heute Herrn Dr. Lissauer überreicht.

* [Chemische Fabrik Pelschow Davidjohann.] Die gestern abgehaltene ordentliche General-Versammlung genehmigte auf Antrag des Aussichtsraths von den Geschäftsinhabern vorgelegten Jahresabschluß pro 1891 und die Verteilung einer Dividende von 7 proc. (gegen 6 proc. in den drei Vorjahren) sowohl auf die Stamm-, wie auf die Prioritäts-Aktionen. Das nach dem Turnus ausreichende Aussichtsratmitglied, Stadt-rat Otto Helm, wurde einstimmig wiedergewählt.

* [Gastspiel.] Für das zweite Gastspiel der Frau v. Weber an unserem Stadttheater, welches am Montag — auf welchen übrigens der hundertjährige Geburtstag Rossinis fällt — stattfinden soll, ist wie wir hören, die Aufführung der seit langer Zeit hier nicht auf dem Repertoire gewesenen Bellini'schen Oper "Die Nachtwandlerin" gewählt worden. Für den ersten Auftritt der Frau v. Weber macht sich schon jetzt ein lebhafte Andrang zu Bilets bemerkbar.

* [Kaufmännischer Verein von 1870.] Im Kaiserhof hielt gestern Herr Rabbiner Dr. Werner einen Vortrag über "Erziehungsbilder aus dem Orient", in welchem derselbe die Jugenderziehung bei den Chinesen, Indern, Persern, Assyrern und Ägyptern eingehend behandelt.

* [Messer-Assären.] Der Seefahrer A. aus Gmaus verfehlte am Montag Abend auf der Langen Brücke dem Seefahrer Ferd. P. mehrere Messerstiche in Gesicht, Rücken und Hüfte. P. liegt ziemlich hoffnunglos darnieder. A. wurde gestern verhaftet. — Am Dienstag Abend wurde der Schmied A. in der Weidengasse von drei Personen überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt. Der Verlehrte erkannte in einem der Thäter den in der Artillerie-Werkstatt beschäftigten Schlosser L. Dieser und seine beiden Genossen wurden gestern ermittelt und verhaftet.

[Polizei-Bericht vom 25. Februar.] Verhaftet: 32 Personen, darunter: 1 Seefahrer, 3 Schlosser wegen Körperverletzung, 2 Arbeiter, 1 Witwe, 2 Jungen wegen Diebstahls, 1 Arbeiter wegen Widerstandes, 12 Obdachlose, 3 Bettler. — Gefestholt: 23 Mk., 1 Leichning, 1 braun karirter Jaquet-Anzug. — Gefunden: 1 schwarzer Lederne Briefumschlag, 1 schwarzer Anabene-Luchsdruck; abzuholen von Trl. Kühler, Schüsselkamm 29. — Verloren: 1 Portemonnaie mit 5,70 Mk., abzugeben an die Polizei-Direction.

→ Schöneck, 25. Febr. Zum heutigen Viehmarkt waren aufgetrieben 320 Pferde, 210 Stück Rindvieh, sowie 156 Schweine. Ein lebhafte Handel stand mit Pferden statt, es wurden gute Exemplare von Händlern sofort angekauft und gut bezahlt. Die Händler waren zum Theil aus weiter Ferne, bis aus Sachsen, erschienen. Die Preise für Rindvieh gingen bedeutend herunter, während Schweine sehr gute Preise erzielten.

Martentburg, 24. Febr. Auf Anregung des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten soll nun auch für das Marienburger Werber eine Wasserwehr nach dem Muster der Elbinger eingerichtet werden. Für dieselbe sind aus den Resten der Überflutungsmassnahmen von 1888 noch 10—12 000 Mk. reservirt worden.

-w- Elbing, 24. Februar. Ueber das Vermögen des hiesigen Kaufmanns Simon Marcus, in Firma S. Marcus, ist der Concurs eröffnet. — Nach dem Jahresbericht der hiesigen städtischen Feuer-Societät hat dieselbe im Jahre 1891 für 5 Brände insgesamt 3279 Mk. Brandgelder gezahlt. An Prämien kamen 6010 Mk. ein. Der Tondes beträgt 183 648 Mk. — Auf der Rogat und dem Kraatzholzland liegt das Eis noch fest, kann aber stellenweise nicht mehr betreten werden.

Elbing, 24. Febr. In der gestrigen Magistratsitzung wurde der Beschuß aus der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, welcher nach dem Antrage der mit der Abfassung der Petition gegen das Volkschulgesetz betrauten Commission dahin ging, diese Petition in mehreren hundert Exemplaren drucken zu lassen, wofür 200—300 Mk. ausgeworfen waren, berathen und einstimmig abgelehnt. (Altr. 3.)

Löbau, 23. Febr. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde der Haushaltsetat pro 1892 auf 51 485 Mk. festgesetzt und beschlossen, zur Deckung der Kommunalbedürfnisse einen Staatssteuerzuschlag von fünfhundert Prozent zu erheben.

Niesenburg, 23. Febr. Die städtischen Behörden haben aus Anlaß der Verleihung des hier garnisonirenden Kürassier-Regiments an den König von Württemberg eine Begrüßungsadresse an den neuen hohen Chef gerichtet. (N. W. M.)

Thorn, 24. Februar. Heute erfolgte die Verpflichtung der 4 städtischen Chausseegeldhebstellen vom 1. April ab auf 3 Jahre. Die Höchstgebote gaben ab für die Bromberger Chaussee Chausseegeldehebber Gurki-Lessendorf bei Marienburg mit 3640 Mk. (4920 Mk.), für die Culmer Strecke Eigentümer Wendl-Schönwalde mit 3785 Mk. (1600 Mk.), für die Lissommer Hebstellte Schubmacher Aar-Bromberg mit 5000 Mk. (5750 Mk.) und für die Leibitzer Chaussee Pächter Collub-hier mit 15 100 Mk. (21 100 Mk.). Die Zahlen in Klammern geben die jährliche Jahresspecht an. Es wurden also durchweg niedrigere Gebote abgegeben. Während die diesjährige Pacht für die 4 Gebiete zusammen 38 930 Mk. beträgt, sind heute im ganzen nur 29 525 Mk., also 9405 Mk. weniger geboten worden. Der Wagenverkehr auf den Chausseen soll in der That sehr abgenommen haben, da die Bauten an den Festungs-Außenwerken beobachtet sind.

* Bromberg, 25. Februar. Der hiesige Gasmirthsverein veranstaltet für die Tage vom 25. bis 29. Mai eine gasgewerbliche Ausstellung, deren Zweck sein soll, alle auf diesem Gebiete vertretenen Industriezweige in ihrem heutigen Stande unserem Osten vor Augen zu führen, und insbesondere denjenigen, welche in den letzten Jahren mit neuen Erfindungen hervorgetreten sind, Gelegenheit zu geben, ihre Geschäfte in weiteren Fachkreisen bekannt zu machen. Die Ausstellung soll in fünf Gruppen häusl. Wirtschafts- und Ackerneinrichtungen, Hochmaschinen, Hochöfen und sonstige Koch- und Heiz-Apparate, hygienische Einrichtungen, Hilfsmaschinen für Restaurations- und Kellereibetrieb und Fachliteratur enthalten. Zur Prämierung sind Ehrenpreise, goldene, silberne und bronzenen Medaillen und Anerkennungs-Urkunden in Aussicht genommen. Anmeldetermin bis 15. April.

15. westpreußischer Provinziallandtag.

Dritte Sitzung am 25. Februar.

(Specialbericht der "Danziger Zeitung" *)

Der Präsident eröffnete die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen und der Landtag trat dann in die Berathung der Vorlage, betreffend die von dem westpreußischen Provinzialverbande zur Durchführung des Gesetzes vom 11. Juli 1891 zu ergreifenden Maßnahmen, ein. Wie wir s. 3. berichtet haben, war der Provinzial-Ausschuß zu dem Ergebnis gekommen, daß zur Unterbringung der hilfsbedürftigen Geisteskranken, Idioten und Epileptischen der Bau einer dritten Irrenanstalt und einer Anstalt für Epileptische notwendig sei. Die Vorlage war einer Commission von 7 Mitgliedern überwiesen worden, welche dem Landtage folgende Anträge zur Annahme empfohlen hat:

Der Provinzial-Landtag wolle beschließen:

1) In die gemäß § 31 des Gesetzes vom 11. Juli 1891 aufzustellenden Reglements die Bestimmung aufzunehmen, daß die Ortsvereine-Verbände die Kosten der Bewahrung, Kur und Pflege der in die Fürsorge des westpreußischen Landarmen-Verbandes aufgenommenen, hilfsbedürftigen Geisteskranken, Idioten, Epileptischen, Taubstummen und Blinden — mit Ausnahme der allgemeinen Verwaltungskosten und der von der Anstalt selbst bewirkten Beerdigung — nach bestimmten Pauschalzäumen zu erstatten haben. Als Zeitpunkt für die Vertheilung der Kosten wird der 1. April 1894 in Aussicht genommen;

2) den Provinzial-Ausschuß zu ersuchen:

a. durch Rückfrage bei den Kreis-Ausschüssen und Magisträten festzustellen, welche Anzahl von hilfsbedürftigen und der Anstaltspflege bedürftigen Geisteskranken und Epileptischen in ihren Bezirken vorhanden sind und der Fürsorge des Landarmen-Verbandes überwiesen werden sollen;

b. zu erwägen, ob und welche Anzahl der in den Irrenanstalten der Provinz verpflegten, nicht unter den Voraussetzungen des § 31 fallenden Kranken ohne besondere Härten gegen die Irren und deren Familien aus der Anstaltspflege entlassen werden können, und diese Entlassung dann mit thunlichster Milde durchzuführen;

c. falls nach den Ermittlungen zu a und b der Bau einer dritten Irrenanstalt und einer Anstalt für Epileptische notwendig erscheint, die erforderlichen Baupläne — für die dritte Irrenanstalt zugleich ein Concurrenzprojekt zur Erweiterung der Neustädter Anstalt — dem Provinzial-Landtage im Jahre 1893 vorzulegen und die Kosten aus den bereitestesten Mitteln vorschuhweise zu verausgaben;

3) den Provinzial-Ausschuß zu ermächtigen, das zur Durchführung des Gesetzes vom 11. Juli 1891 sonst hinsichtlich der Idioten, Taubstummen und Blinden — etwa noch erforderliche Anzuordnungen.

Der Berichterstatter der Commission, Abg. Rotholl, führte zunächst aus, daß durch das Gesetz von 1891 an Stelle des freien Ermessens für die Land-Armenverbände festgelegte Normen eingeführt worden seien. Wegen der Deckung der Kosten habe der Land-Armenverband die Berechtigung, sich an die Orts-Armenverbände und die Kreise zu halten mit Ausnahme der allgemeinen Kosten, welche auf die Hälfte normiert seien. Die Orts-Armenverbände könnten dann die Erstattung von $\frac{1}{3}$ der ihnen erwachsenen Ausgaben von den Kreisen fordern. Die Commission habe angenommen, daß die Ortsverbände nicht im Stande sein würden, die von dem Gesetz geforderten Anlagen selbst zu beschaffen, dagegen sei die Commission der Ansicht gewesen, daß die Berechtigung des Provinzialverbandes, die Ortsverbände mit Beiträgen zu den Kosten heranzuziehen, in eine Verpflichtung umzuwandeln sei. Dieser Beschuß sei mit 6 gegen 1 Stimme gefasst worden und der Provinzial-Ausschuß habe sich hiermit einverstanden erklärt und darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit vorhanden sei, ganz armen Ortsverbänden die Beiträge zu erlassen, oder dieselben zu unterstützen. Der Zeitpunkt für die Vertheilung der Kosten sei deshalb auf den 1. April 1894 bemessen worden, weil die meisten Kreise bereits ihre Etats pro 1893 aufgestellt hätten. Abg. v. Gramatki spricht für den Antrag 1 der Commission und bittet in dieser Sache möglichst langsam vorzugehen und eine Unterstützung durch den Staat zu ersteilen. Landrat Hinze weist darauf hin, daß das Gesetz am 1. April 1893 in Kraft trete und daß dahin das Nothwendige gethan sein müsse. Abg. v. Gramatki ist gegen die Heranziehung der Kreise und Ortsverbände und verlangt, daß die Kosten ausschließlich von der Provinz getragen würden. Es sei in der Praxis ganz gleichgültig, wer die Kosten trage, si kämen doch aus demselben Gekle. Wenn auch nach dem 1. April 1893 eine Mehrbelastung eintrete, so sei er doch der Meinung, daß die Provinzialanstalten dem Mehrandrang gewachsen sein werden. Der Antrag der Commission würde nur zur Folge haben, daß die Gemeinde mit der Unterbringung von Kranken in Anstalten jügere und Krankheitsfälle nach Kräften verheimlichen würde. Sehr schwierig würde auch die Regelung der Frage sein, welchen Gemeinden die Beiträge erlassen werden müßten. Der Redner bittet schließlich, es bei dem bisherigen Zustande zu belassen. Landesrat Hinze bittet namens des Provinzial-Ausschusses, die Anträge der Commission anzunehmen und bekämpft die Ausführungen des Abg. v. Gramatki. Die Kosten, welche die Gemeinden z. B. für einen Irren aufzubringen hätten, betragen nur etwa $\frac{1}{2}$, also für die Gemeinden 60 Mk. jährlich. Das sei auch für arme Gemeinden keine überschwängliche Summe. Wegen einer Belastung von 5 Mk. monatlich würde keine Gemeinde einen gefährlichen Irren zurück behalten. Auch sei es nicht zulässig, daß in den Provinzialanstalten noch Platz vorhanden sei, es müßten dann die Kranken entfernt werden, welche ihren Unterhalt beziehen, und das sei doch nicht billig. Stelle sich später heraus, daß die Kosten nicht so groß seien, so sei immer noch Zeit, den alten Zustand wieder herzustellen. Abg. v. Gramatki stellt nun einen Antrag, in welchem er verlangt, daß Kosten von den Gemeinden vorläufig nicht erhoben werden sollen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt und hierauf Abh. 1 des Antrages der Commission mit großer Mehrheit angenommen. In seinem Referat über den Absatz 2 des Antrages betonte der Berichterstatter, Abg. Rotholl, daß die Anstalt Karlshof voraussichtlich in den Besitz der Provinz Ostpreußen übergehen werde, und daß dann der Vertrag, welchen die Provinz mit der Anstalt geschlossen habe, aufgelöst werden müsse. Es würde sich ferner empfehlen, darauf hinzuweisen, daß wohlhabende Kranken in Privat-Anstalten verpflegt würden. Schließlich sei noch erwogen worden, ob es nicht möglich sei, eine Erweiterung der Irrenanstalt Neustadt vorzunehmen, und es sei in dem Antrage dem Provinzialausschuß auch diese Möglichkeit offen gelassen. Der Abh. 2 des Commissions-Antrages wurde dann ohne Diskussion einstimmig angenommen und ebenso auch nach einer Empfehlung des Referenten der Absatz 3.

Der Provinzial-Landtag genehmigte nun mehrere im Stat 1890/91 vorgekommene Statsüberschreitungen und schrift dann zur Neuwahl eines Landes-Bauraths. Die Wahl erfolgte auf die Dauer von 12 Jahren und das Gehalt ist auf 6600 Mk. festgesetzt. Durch Acclamation wurde Herr Baumeister Tiburtius gewählt, welcher die Stelle bereits seit vorigem Sommer kommissarisch verrichtet hat.

Zu Mitgliedern zur Mitwirkung bei den Geschäften der Rentenbank für die Provinz vom 25. bis 29. Mai vereinbart für die Tage vom 25. bis 29. Mai eine gasgewerbliche Ausstellung, deren Zweck sein soll, alle auf diesem Gebiete vertretenen Industriezweige in ihrem heutigen Stande unserem Osten vor Augen zu führen, und insbesondere denjenigen, welche in den letzten Jahren mit neuen Erfindungen hervorgetreten sind, Gelegenheit zu geben, ihre Geschäfte in weiteren Fachkreisen bekannt zu machen. Die Ausstellung soll in fünf Gruppen häusl. Wirtschafts- und Ackerneinrichtungen, Hochmaschinen, Hochöfen und sonstige Koch- und Heiz-Apparate, hygienische Einrichtungen, Hilfsmaschinen für Restaurations- und Kellereibetrieb und Fachliteratur enthalten. Zur Prämierung sind Ehrenpreise, goldene, silberne und bronzenen Medaillen und Anerkennungs-Urkunden in Aussicht genommen. Anmeldetermin bis 15. April.

* Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

gemacht habe, doch seien die erforderlichen Mittel auf drei Jahre bewilligt worden. Im Jahre 1888 habe ich der Vorsitzende der Gewerbekammer, Abg. Rossmack, hervorgehoben, daß er sich im Laufe der vier Jahre nicht habe überzeugen können, daß die Gewerbekammer nennenswerthe Erfolge zu verzeichnen gehabt habe, indessen sei die Zeit ihres Bestehens zu kurz gewesen, als daß sie bereits eine wirkliche Probe hätte ablegen können und deshalb werde er gegen die Weiterbewilligung von Mitteln keinen Widerspruch erheben. Die Mittel im Betrage von 3500 Mk. jährlich seien dann auf weitere drei Jahre bewilligt worden, und dieser Termin laufe am 31. März d. J. ab. Wenn wir nunmehr, heißt es in der Vorlage, dem Provinzial-Landtage empfehlen, die weitere Unterstützung der Gewerbekammer einzustellen, so geschieht dies, weil wir während der jetzt bereits sechs-jährigen Probezeit in Übereinstimmung mit den von dem Herrn Vorsitzenden der Gewerbekammer bereits vor drei Jahren abgegebenen Erklärungen die Überzeugung gewonnen haben, daß die Einrichtung in der gehofften Weise sich nicht entwickeln und den Erwartungen, welche an dieselbe geknüpft hat, nicht entsprechen kann. Ein wirklich greifbares Nutzen ist aus den Arbeiten der Gewerbekammer kaum erwachsen, oder — richtiger gefaßt — die Arbeiten der Gewerbekammer können als siebzig überflüssig bezeichnet werden, da sie von derer ausgesprochenen Wünsche und gejosten Beschlüssen mit größerer Sachkunde und Bedeutung auch von anderen bestehenden Körperschaften hätten ausgehen können." Der Provinzialausschuß stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen, die für die Gewerbekammer erforderlichen Mittel nicht mehr zu bewilligen. Abg. Damme begrüßt die Vorlage mit Genugthuung, da die Gewerbekammer wie es die "Nörger" schon vorausgesagt hätten, nicht das Geringste geleistet hätte. Auf eine Anfrage des Abg. v. Gramatki erklärt hr. Oberpräsidialrat v. Pusch, daß die Staatsregierung gegen diese Vorlage nichts einzurichten habe. Abg. Gerlich vertheidigt die Gewerbekammer und spricht den Wunsch aus, daß der Provinzial-Ausschuß noch einmal erneut möge, ob die Gewerbekammer nicht bestehen bleiben könnte. Abg. Rossmack hat aus seinem Erfahrung als Vorsitzender der Gewerbekammer keine Veranlassung entnehmen können, für das Fortbestehen der Gewerbekammer einzutreten. Die obige Vorlage wurde darauf mit großer Majorität angenommen.

Zur Berathung kam hierauf die Vorlage betreffend das der Tessiner Meliorations-Genossenschaft aus dem Provinzialhilfskassen- und Meliorationsfonds gewährte Darlehen von 104 000 Mk., über deren Inhalt wir bereits berichtet haben. Abg. Engler bestätigt aus seiner Kenntniß der Sachlage die in der Vorlage gemachten Ausführungen, worauf die Vorlage, d. h. die Niederlegung der 116 084 Mk., um welche die Provinz geschädigt ist, ohne weitere Diskussion angenommen wurde. (Schluß des Blattes.)

Bermischte Nachrichten.

* [Den Abschied des Königs Wilhelm von dem sterbenden General v. Roos] im Februar 1879 schildern Aufzeichnungen der Wittwe Roos, welche zum Abschluß der Veröffentlichungen in der "Deutschen Revue" mitgetheilt werden. König Wilhelm begab sich in das Krankenzimmer Roos, und setzte sich an sein Bett und flüsterte leise zu ihm: „Wichtiges oder gar Politisches wurde nicht gesprochen. Als der König aufstehen wollte durfte ich ihn unterstützen, da er nur eine Hand brauchen konnte. Ach, der tiefe Stuhl, — sagte der Kranken. Geht schon, geht schon. Dann stand der geliebte Herr noch am Bett, hielt die eine Hand empor, und streckte die Finger nach oben: Dort sehen wir uns wieder. Drehte sich langsam um, sah noch einmal zurück und rief: Grüßen Sie die alten Kriegskameraden! Sie finden viele. Das war erschütternd. Im anderen Zimmer hielt er sich das Zuck vor die nassen Augen und schluchzte.“

* [Ein verlegbares Theater] aus Eisen hat die Stadt Lima (Peru) in den Eiffel'schen Werkstätten bestellt; der Preis für das transportable Haus wird gegen 1 Million Mark befragen. Wie es heißt, abseits noch mehrere amerikanische Städte sich solche feuerfeste Theaters bauen zu lassen.

Rom, 24. Februar. Nach einer Meldung aus Cassino fanden dort heute früh 5 $\frac{1}{4}$ Uhr zwei wellenförmige Erdstöße statt.

(W. Z.)

Schiffs-Nachrichten.

Plymouth, 22. Febr. Die deutsche Bark „Eintracht“, mit einer Ladung von Monte Christi nach Altona bestimmt, lief gestern Abend in Plymouth ein; dieselbe hat die aus 7 Mann bestehende Besatzung der holändischen Brigg „Levant“ an Bord, welche am 17. Februar in sinkendem Zustande verlassen wurde.

Närrington, 18. Febr. Während des Sturmes der letzten Tage sind im hiesigen District die Decks von zwei Segelbooten angetrieben. Auf der Innenseite des einen ist der Name „Karl Birrell, 1868. Neufahrwasser“, sowie vier Flaggen und ein Schooner gemalt, während der andere die gemalten Buchstaben „G. A. 1889. Danzig“ ein Kreuz sowie zwischen den Buchstaben G. und A. einen Anker und Herz trägt.

Newyork, 23. Februar. (Tel.) Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Spree“, welcher heute von hier abgegangen ist, hat eine Million Dollars Gold für Österreich an Bord.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 25. Februar. (Privatelegramm.) Die "National-Ztg." erklärt, die Stellungnahme des nationalliberalen Abgeordneten Bork für den Schulgesekentwurf sei vereinzelt, im übrigen sei dieselbe unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur nationalliberalen Partei.

Hamm, 25. Februar. (Privatelegramm.) Der westfälische Städteitag hat einstimmig nach einer Rede des Oberbürgermeisters Windthorst gegen den Schulgesekentwurf Stellung gen

Neue Synagoge.
Gottesdienst.
Freitag, den 26. Februar,
Abends 5 Uhr.
Gonnabend, den 27. Februar,
Neumondsweih.
Vorm. 9 Uhr. Predigt 10 Uhr.
Am den Wochentagen Abends
5½ Uhr. Morgens 7 Uhr.
Die glückliche Geburt eines
Löchterchens zeigen an
Danzig, den 28. Februar 1892
Franz Bartels und Frau.
Wir wurden durch die Geburt
eines munteren Jungen er-
reut. (9006)
Al. Jänner, 24. Februar 1892.
Otto Schulte und Frau.

Heute früh 3 entstieß
nach langem Leiden in
Zeige der Entbindung
meine liebe, treue und un-
vergleichliche Frau
Bertha Heldt
geb. Podgorzki
in ihrem noch nicht voll-
endeten 37. Lebensjahr.
Diese traurige Nachricht
zeigt meinen Freunden und
Bekannten mit der Bitte um
stille Theilnahme tief be-
rührt an.
Der hinterbliebene Gatte
und Kind.
Danzig, d. 25. Febr. 1892.

Heute Nachmittag 4½ Uhr
entstieß sanft nach langem,
schwerem Leiden untere
beispiellebte Mutter, Schwie-
ger- u. Großmutter, untere
heure Schwester u. Tante
die verwitwete Frau
Pfarrer
Friederike Hesse,
geb. Pfeffer,
76 Jahre alt, was im Namen
der trauernden Hinter-
bliebenen tief betrübt an-
zeigt. (9014)
Danzig, d. 24. Febr. 1892
Theodor Hesse.
Die Beerdigung findet
Gonnabend, den 27. cr.,
Nachmittags 3 Uhr, vom
Trauerhaus aus auf dem
G. Salvator-Archhofstatt.

Statt besonderer Meldung.
Das Begräbniß meines geliebten
Manes Hugo Hartmann, Hilfs-
richter bei der Kaiserlichen Werft
hieselbst, findet Sonntag, den 28.
Februar, Nachmittags 3½ Uhr,
von der Leichenhalle des St.
Johannes-Archofostatt.
Die liebende Witwe
Amalie Hartmann, geb. Hoffmann.
Sohn Karl Hartmann in Balti-
more und
Bruder Paul Hartmann in Neu-
sittichen (Mähren). (9023)

Heute Mittag 1½ Uhr ent-
stieß sanft nach langem,
schwerem Leiden untere innig
geliebte Mutter, Groß-
mutter, Schwester u. Schwie-
germutter Frau
Mathilde Scheffer,
geb. Broßheit,
im 73. Lebensjahr.
Berlin, d. 23. Febr. 1892.
Im Namen der Hinter-
bliebenen (9042)
Marie v. Portatius, geb.
Scheffer.
Helene Jenken, geb. Scheffer.
Eugen Scheffer.

Auction.
Gonnabend, den 27. Februar,
Nachmittags 10 Uhr, werde ich im
Königl. Seepachof für Rechnung
wen es angeht
6 Säcke schwarzen
Pfeffer,
unverzollt, hanarollt und durch
gewisse beläßt, ex Dampfer
Dittrich öffentlich meistert
versteigern. (9044)
Richd. Pohl,
vereid. Makler.

Dampfer - Expedition.
S.S. Mietzing,
Capt. Österreich,
lade in Danzig.
In Rotterdam gegen den 4.
März cr.
In Newcastle on Tyne gegen
7. März cr.
Güteranmeldungen erbeten bei
Auns & Co.,
Rotterdam.
C. Hassell,
Newcastle on Tyne.
J. G. Reinhold,
Danzig.
S.S. "Margarete",
Capt. Eder,
von Hamburg eingetroffen, läßt
am Dachof. (9050)
Ferdinand Prowe.

Sansinski
Russischer
Familien-Thee
in 1/4 Pfd. - Packeten a 1 M. und
1.25 M. empfiehlt (9061)
F. E. Gossing,
Jopen- und Portehallengassen-
Ecke Nr. 14.

Heimische Früchte
als Comptot, nur feinste erlesene
Früchte, empfiehlt in Dozen und
Gläsern zu einem billigen Preise,
ferner empfiehlt
Himbeer-Marmelade
feinster Qualität, pro ½ 80,-
Klein. Melange - Marmelade,
sehr schön, pro ½ 50,-
Carl Röhn,
Dorf. Graben 45, Ecke Meltberg,
Zur Regulirung u. zum Abschluß
von Geschäftsbüchern ic. empf.
sich ein gew. Buchhalter billigst.
Adressen unter 9053 in der Ex-
pedition dieser Zeitung erbeten.

Pferde-Auction im Tattersall zu Danzig.
Gonnabend, den 27., Nachmittags 10 Uhr, gelangen dafelbst
durch den Auktionator A. Kuhn 10-15 junge gute Arbeitspferde,
1 Paar schnellige hellbraune Jucker, Stuten, 7 Jahre alt, zur frei-
willigen Versteigerung.
Gegen 2 % Vergütung für verkaufta Pferde, 4 M. für jedes
zugestellte aber nicht verkaufta Pferd, können Pferde am 27. früh
zugestellt werden. (9058)

Carl Schmidt,
Director,
Danzig, Sandgrube Nr. 37.

Umänderungen,
der neuesten Mode entsprechend,
an
**Umhängen, Paletots, Regen-
mänteln u. s. w.**
bitte mir jetzt schon in Auftrag zu geben, da ich mich
bereits durch persönlichen Einkauf mit den neuesten
Facons

per Frühjahr u. Sommer
verschen habe und ich später für eine rechtzeitige
Ablieferung resp. eine Annahme überhaupt nicht
einstehen kann.

Mathilde Tauch, Langgasse 28.

Inventur-Ausverkauf.
Am 29. Februar beginnt der Ausverkauf
zurückgesetzter Gardinen.
August Momber.

Abtheilung für fertige Wäsche.
Oberhemden
vom Lager und nach Maß nach den neuesten Systemen,
unter Garantie für fadelloser Stoff und in bekannt bester
Ausführung.

Armen, Manschetten, Slippe,
Chemise, Hosenträger, Soden etc.

Prof. Dr. Gustav Jägers

Normal - Unterkleider
laut Original-Preisliste
empfiehlt

Ludwig Sebastian,
Leinen-, Manufactur-, Bettfedern-Hand-
lung, Wäsche-Fabrik.

Nr. 29, Langgasse Nr. 29.

Gewaschene Oberhemden
mit leinemem Einsatz, gußthend, von 3 M. an. (8672)

„Heureka“.

„Heureka“
Alleinige Unterklei-
dung mit doppelten
Lungen- und Rücken-
teilen aus einem Stück,
für Convalescenten,
Lungenkranken u. Blut-
arme, nach Vorschrift
des Doctor Ernst Jacobi,
Chefarzt der Dr. Driver-
schen Heilanstalt für
Lungenkranken Reiboldsg-
rün i. S. von ärztlichen
Autoritäten ge-
prüft und anerkannt,
entspricht die

Unterkleidung
„Heureka“
den weitgehendsten hygienischen Anforderungen und
übertrifft alle dagewesenen Systeme durch die peinliche
Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse aller Convalescenten,
Lungenkranken und Blutarmen, welchen mit diesem be-
währten Fabrikat das denkbar Vollkommenste und ihnen
entzücklichste geboten wird. (8871)

Alleinige Fabrik-Niederlage:

Ludwig Sebastian
Danzig, Langgasse 29.

Geschäft in allen Culturstäaten.

Pferde-Auction im Tattersall zu Danzig.

Gonnabend, den 27., Nachmittags 10 Uhr, gelangen dafelbst
durch den Auktionator A. Kuhn 10-15 junge gute Arbeitspferde,
1 Paar schnellige hellbraune Jucker, Stuten, 7 Jahre alt, zur frei-
willigen Versteigerung.

Gegen 2 % Vergütung für verkaufta Pferde, 4 M. für jedes
zugestellte aber nicht verkaufta Pferd, können Pferde am 27. früh
zugestellt werden. (9058)

Carl Schmidt,
Director,
Danzig, Sandgrube Nr. 37.

Riess & Reimann,

Tuchwarenhaus,

Heilige Geistgasse 20, Danzig, Heilige Geistgasse 20.

En gros.

Unsere bedeutenden Beziehungen aus den renommirtesten Fabriken und von
den Messen in

Neuheiten

für die

Frühjahrs- und Sommer-Saison

**Sommer-Paletots, Anzügen
und Beinkleidern**

sind bereits sämtlich eingegangen. — Hinweis

Eleganz, Farbenechtheit und Qualität
entsprechen die von uns auf das Sorgfältigste gewählten Stoffe den weitgehendsten
Anforderungen.

Der Einzelverkauf in unserem Lager geschieht
seit dem 23 jährigen Bestehen unseres Geschäfts zu En-
grosspreisen.

Strenge reelle Bedienung. Reichhaltige Mustercollectionen.

Versand nach auswärts portofrei.

Meine directen Abladungen von Messina

sind eingetroffen und empfehle davon

hochfeine Messina-Appellinen,

Citronen, Blutorangen und reife

Pommeranzen.

A. Fast.

Totaler Ausverkauf

der Weinhandlung Milchkannengasse Nr. 8.

Gämmliche Restbestände an Weinen und Cognac's, sowie

Uttensillen werden unterm Kostenpreise abgegeben.

H. Kanthack.

Privat- u. Arbeitsstunden

erhält einzelnen Schülern oder

in Gruppen ein Philologe, Hunde-
gasse Nr. 7. (9022)

Wessiner Tafelbutler,

anerkannt feinste, täglich frisch zu haben bei

Otto Boesler,

vorm. Carl Studti.

Heilige Geistgasse 47.

Größere Quantitäten bitte einen

Tag vorher zu bestellen.

Tomatensoße

in Flaschen a 60 pf. und 1 Mark

offerirt

Otto Boesler,

vorm. Carl Studti.

Heilige Geistgasse 47.

Neue Sendung

Hechte und Maränen

empfiehlt und empfiehlt

Albert Herrmann,

Fleischergasse 87. (9062)

Große frische Maränen

Freitag, den 26. d. Mts.

am Theater.

Frische

Zander, Pfd. 50 pf.

Karpfen - 55 -

Wilh. Goertz,

Frauengasse 46.

Erhielt frische, grohe

Maränen, Preis billigst.

Tobiasgasse 25.

Empfiehlt eine perf. Köchin, An-

fangs 40 Jahre, ohne An-

hang, gute Zeugnisse. A. Wein-

nacht, Brodbänkengasse 51.

Artikel zur

Aerholzschnizerei

stehen bei mir zur Ansicht

und werden in jedem Genre stil-

gerecht und sauber bei billigster

Preisnotierung angef. sowie Repa-

raturen schnell u. sauber ausgef.

P. Timm, Tischlermeister,

Ankerhügelstraße 11, neben der

Kaiserlichen Postdirektion.

Danziger Lehrerinnenverein

Versammlung

Gonnabend, 27. Febr., Abends

6 Uhr im Saale des A.-U.-V.

Mauergang Nr. 4.

Tagesordnung:

Vorlesung: Herbart. (9005)

Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.



Gambrinus - Halle,

Netterhagergasse 3,

empfiehlt

Frühstückstisch zu kleinen

Preisen.

Mittagstisch à 75 Z. und

1 M. von 12-4 Uhr.

Im Abonnement billiger.

Reichhaltige Abendpeisen-

karte, auch in halben Portionen.

Montag, den 29. Februar:

V

Beilage zu Nr. 19381 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 25. Februar 1892.

Die Lehrerbesoldungen der höheren Unterrichtsanstalten.

Der Entwurf zum Normalerlat, betreffend die Besoldungen der Leiter und Lehrer der nachbenannten höheren Unterrichtsanstalten (Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Progymnasien, Realprogymnasien, Realschulen und höheren Bürgerschulen), hat folgenden Wortlaut:

A. Anstalten, welche vom Staat zu unterhalten sind oder bei denen der Staatsbehörde die Verwaltung zusteht.

S. 1. Die Besoldungen betragen jährlich:

1. für die Leiter der Vollaranstalten (Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen) a) in Berlin 6600 Mk., b) in den Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern 5100 bis 6000 Mk., c) in allen übrigen Orten 4500 bis 6000 Mk.

2. für die Leiter der Anstalten von geringerer als neunjähriger Cursusdauer (Progymnasien, Realprogymnasien, Realschulen und höheren Bürgerschulen) a) in Berlin 6600 Mk., b) in den Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern 4500–6000 Mk., d) in den übrigen Orten 4500–5400 Mk.;

3. für die definitiv angestellten wissenschaftlichen Lehrer 2100–4500 Mk. Die Hälfte der Gesamtzahl dieser Lehrer an den Vollaranstalten, sowie der vierte Theil der Gesamtzahl derselben an den Anstalten von geringerer als neunjähriger Cursusdauer beziehen den Gehalt eine feste pensionsfähige Zulage von 900 Mk. jährlich;

4. für die definitiv angestellten Zeichenlehrer, sofern sie die vorgeschriebene Prüfung bestanden haben und mit wenigstens 14 Zeichen- und 10 Stunden anderen Unterricht beschäftigt sind, 1800 bis 3200 Mk.;

5. für die sonstigen technischen Elementar- und Vorschullehrer a) in Berlin 1600 bis 3200 Mk., b) in den übrigen Orten 1400 bis 2800 Mk.;

6. die wissenschaftlichen Hilfslehrer erhalten Jahresremunerationen in Höhe von 1500 bis 1800 Mk.; sofern zur Zeit höhere Remunerationen gewährt werden, verbleibt es bei denselben auch ferner.

S. 2. Das Aufsteigen im Gehalt geschieht in der Form von Dienstalterszulagen:

1. bei den Leitern der Vollaranstalten mit je 300 Mk., a) in Städten über 50 000 Einwohnern (S. 1 Nr. 1 b) nach 7, 14 und 20 Dienstjahren, b) in den übrigen Orten (S. 1 Nr. 1 c) nach 4, 8, 12, 16 und 20 Dienstjahren;

2. bei den Leitern der Nichtvollaranstalten mit je 300 Mk., a) in Berlin und in den Städten mit über 50 000 Einwohnern (S. 1 Nr. 2 a) nach 4, 8, 12, 16 und 20 Dienstjahren, b) in den übrigen Orten (S. 1 Nr. 2 b) nach 7, 14 und 20 Dienstjahren;

3. bei den wissenschaftlichen Lehrern (S. 1 Nr. 3) mit je 300 Mk. nach 3, 6, 9, 12, 15, 18, 23 und 27 Dienstjahren. Die im S. 1 Nr. 3 zweiter Absatz erwähnte feste Zulage von 900 Mark wird nur bei nachgewiesener wissenschaftlicher und praktischer Tüchtigkeit gewährt, sofern eine solche Zulage frei geworden ist;

4. für die unter S. 1 Nr. 4 bezeichneten Zeichenlehrer mit je 200 Mk. nach 4, 8, 12, 16, 20, 24, 28 und 32 Dienstjahren;

5. bei den technischen Elementar- und Vorschullehrern (S. 1 Nr. 5) a) in Berlin mit je 200 Mk. nach 4, 8, 12, 16, 20, 24, 28 und 32 Dienstjahren, b) in den übrigen Orten mit je 150 Mk. nach 4, 8, 12, 15, 18, 21, 24, 28 Dienstjahren und mit 200 Mk. nach 32 Dienstjahren.

Die im S. 1 Nr. 6 bezeichnete Remuneration der wissenschaftlichen Hilfslehrer beginnt mit 1500 Mk. und steigt nach 2 Jahren auf 1850 Mk. nach einem ferneren Jahr auf 1800 Mk.

S. 3. Das Dienstalter wird für den vorliegenden Zweck berechnet:

1. bei den Anstaltsleitern (S. 1 Nr. 1 und 2) vom Amtsantritt als Leiter einer höheren Unterrichtsanstalt an;

2. bei den wissenschaftlichen Lehrern (S. 1 Nr. 3) von der definitiven Anstellung als solcher an;

3. bei den Zeichenlehrern (S. 1 Nr. 4) und

4. bei den technischen Elementar- und Vorschullehrern (S. 1 Nr. 5) vom Tage der definitiven Anstellung im öffentlichen Schulbetriebe an, frühestens nach Ablegung der zweiten Elementarlehrprüfung.

5. bei den wissenschaftlichen Hilfslehrern (S. 1 Nr. 6) vom Tage der ersten Einweisung in eine etatmäßige bzw. zur Aufnahme in den Etat geeignete Remuneration von mindestens 1500 Mk. an.

Die im Universitäts-, Schulaufsichts- oder Kirchen Dienst im Inlande oder Auslande ausgeübte Zeit, sowie derjenige ausländische Dienst, welcher, wenn er im Inlande geleistet wäre, zur Anrechnung gelangen würde, kann von dem Minister der geistlichen K. Angelegenheiten im Einklang mit dem Finanzminister ganz oder zum Theil eingerechnet werden.

S. 4. Neben den Geplättern wird der Wohnungsgeldzuschuss den Anstaltsleitern und dessen wissenschaftlichen Lehrern nach Tarifklasse III. des Gesetzes vom 12. Mai 1873 (Gesetzmüll. S. 209), den technischen, Elementar- und Vorschullehrern nach Tarifklasse IV., daselbst gewährt, sofern dieselben nicht Dienstwohnung oder die im S. 5 erwähnte Mietentschädigung erhalten.

S. 5. Diejenigen Anstaltsleiter, welche keine Dienstwohnung inne haben, erhalten an Stelle des Wohnungsgeldzuschusses eine Mietentschädigung, und zwar: in Berlin in Höhe von 1500 Mk., in Orten der I. Serviklasse 1000 Mk., in Orten der II. Serviklasse 800 Mk., in Orten der III. Serviklasse 600 Mk., in Orten der IV. Serviklasse 700 Mk., in Orten der V. Serviklasse 600 Mk.

Auf diese Mietentschädigung findet das Gesetz vom 21. Mai 1873, betreffend die Gewöhrung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten (Gesetzmüll. S. 209), insbesondere die in den §§ 3, 4, 6 enthaltenden Bestimmungen, entsprechende Anwendung.

S. 6. Die Besoldungen, die Alterszulagen, sowie die festen Zulagen (S. 1 Nr. 3 zweiter Absatz) werden innerhalb der vorstehend angegebenen Gänge und Abstufungen vom Minister der geistlichen K. Angelegenheiten, von den damit beauftragten Provinzialschul-Collegien bewilligt.

Den Lehrern steht ein Rechtsanspruch auf Bewilligung eines bestimmten Dienstekommens, insbesondere auf Feststellung eines bestimmten Dienstalters oder Aufrücken im Gehalt nicht zu.

S. 7. Gegenwärtig zahlbare Besoldungen, welche über die nach S. 1 und 2 zu berechnenden Beträge hinausgehen, werden bis zum Eintreten des betreffenden Lehrers in eine höhere Gehaltsstufe fortgewährt.

S. 8. Emolumente, sowie unsichere Gebührenanteile sind, sofern nicht stiftungsmäßige Bestimmungen oder andere besondere Rechtsverhältnisse entgegenstehen, bei Neuanstellungen, Ascensionen, Bewilligung von Gehaltszulagen u. s. w. zu den Anstaltshäusern einzuziehen.

Den Lehrern steht ein Anspruch auf Befreiung vom Schulgelde für ihre Söhne nicht zu.

Naturalemolumente, deren Einziehung zu den Anstaltshäusern unthunlich ist, werden zu ihrem wirklichen Werth statt Geld als Theile der Besoldung überwiezen.

B. Die sonstigen höheren Lehranstalten, welche aus unmittelbaren oder mittelbaren Staats-

fonds Unterhaltungszuschüsse beziehen.

S. 9. Die Bestimmungen der §§ 1–8 finden auf die vorbezeichneten höheren Schulen mit folgenden Maßgaben Anwendung:

1. Bei den einzelnen Vollaranstalten ist auf je zwei etatmäßige Stellen für wissenschaftliche Lehrer, bei den

einzelnen Nichtvollaranstalten (S. 1 Nr. 2) auf je vier solcher Stellen eine feste pensionsfähige Zulage von 900 Mk. jährlich (S. 1 Nr. 3 zweiter Absatz) bereit zu stellen.

2. Änderungen bezüglich der Dienstaltersstufen und Zulagen sind nur mit Genehmigung des Unterrichtsministers zulässig.

3. Ueber die Anrechnung der im S. 3 zweiter Absatz erwähnten, im Universitäts-, Schulaufsichts-, Kirchen- oder ausländischen Dienst zugebrachten Zeit entscheidet das zwischen den Schulunterhaltungspflichtigen und dem betreffenden Lehrer zu treffende Abkommen.

4. Der Unterrichtsminister kann auf Antrag der Unterhaltungspflichtigen bzw. der die Anstalt vertretenden Organe genehmigen, daß für die Leiter der Anstalten (S. 1 Nr. 1 und 2) und vollbeschäftigte Zeichenlehrer (S. 1 Nr. 4) von der Einführung des Systems der Dienstalterszulagen Abstand genommen werden, wenn nach seinem Ermeessen Einrichtungen getroffen sind, welche das allmähliche Aufrütteln der befreiteten Lehrer zum Höchstgehalte ermöglichen.

5. Von den Unterhaltungspflichtigen bzw. den die Anstalt vertretenden Organen kann von der Einführung des Systems der Dienstalterszulagen für die wissenschaftlichen Lehrer Abstand genommen werden; in diesem Falle hat das Aufrütteln der Lehrer im Gehalt nach Maßgabe des für die einzelne Anstalt oder für mehrere Anstalten zusammen aufzustellenden Besoldungsetats zu erfolgen, in welchem für jede Stelle der Betrag von 3300 Mk. voll einzustellen und auf die Gesamtzahl der Stellen in angemessenen Abstufungen innerhalb der Sähe von 2100 Mark bis 4500 Mk. zu verteilen ist.

6. Das Diensteinkommen der nicht unter die Vorschrift des S. 1 Nr. 4 fallenden vollbeschäftigten technischen Elementar- und Vorschullehrer ist innerhalb der im S. 1 Nr. 5 bestimmten Grenzen dergestalt festzustellen, daß dasselbe hinter denjenigen der Volkschullehrer in dem betreffenden Orte nicht zurückbleiben darf. Außerdem ist jenen Lehrern eine nicht-pensionsfähige Zulage von mindestens 150 Mk. jährlich zu gewähren. Bei der Versezung des Lehrers an eine andere Schule, welche nicht zu den eingangs bezeichneten höheren Unterrichtsanstalten gehört, fällt diese Zulage hinweg. Die hierdurch eintretende Verkürzung des Dienstein kommen wird als eine Verkürzung des Dienstekommens im Sinne des § 87 des Gesetzes, betreffend die Dienstverträge der nichtkirchlichen Beamten vom 21. Juli 1852 (Gesetzmüll. S. 465), nicht angesetzt.

7. Die Zuständigkeit für die Bewilligung von Besoldungen, Alterszulagen und festen Zulagen (S. 6 Absatz 1) wird von dem Unterrichtsminister unter Beachtung der für die einzelnen Anstalten geltenden Vorschriften insoweit neu geregelt, wie dies durch die Veränderung der Besoldungs-Ordnung erforderlich gemacht wird.

Schlussbestimmung.

S. 10. Durch diesen Normalerlat wird nicht beabsichtigt, zur Erreichung der Besoldungsfähigkeit derselben in der Fürsorge des Staates für die beteiligten Anstalten über die ihm obliegenden rechtlichen Verpflichtungen hinauszugehen.

Reichstag.

179. Sitzung vom 24. Februar.

Präsident v. Levetzow: Heute vor 25 Jahren, am 24. Februar 1867 wurde der norddeutsche konstituierende Reichstag eröffnet. Von den gegenwärtigen Mitgliedern des Hauses haben fünf, nämlich die Herren Abg. Bennisgen, Graf v. Hompesch, Richter v. Stumm und v. Unruh-Bomst an der Eröffnungssitzung Theil genommen. Unmittelbar darauf sind noch in das Haus eingetreten die Abg. Bebel, v. Fochsenbeck und Reichensperger, so daß aus jener ersten Zeit gegenwärtig nur acht Abgeordnete Mitglieder dieses Hauses sind.

Zweite Berathung des den socialdemokratischen

Abg. Auer u. Gen. vorgelegten Gesetzentwurfs befreitende die Aufhebung der Jölle für Getreide, Fleisch und Bier.

Abg. Bock (Soc.): Wir haben für die Handelsverträge gestimmt. Trotzdem können wir den unausgefehlten Kampf auf Beseitigung aller Jölle auf Nahrungsmittel nicht aufgeben und müssen daher auch bei der gegenwärtigen Situation unseres Antrags aufrecht erhalten. Noch vor einem Jahre schien es ausichtslos, an den Jölle rütteln zu wollen; der Reichskanzler rührte sich, er werde gegen den Strom schwimmen, er hat es aber leider mit geringem Erfolg gethan. In vielen Gegenden herrscht wirklicher Notstand, wie die Landräthe constatiren. Die Getreidejölle haben der Landwirtschaft und ihren Arbeitern nicht geholfen, und in gewerblichen Kreisen ist es nicht besser. Im Gothaischen Wahlkreise sind Löhne von 5–7 Mk. pro Woche bei 14–15 Stundenlänger Arbeitszeit constatiert worden, und zwar von nationalischem Seite. Mit den Getreidepreisen steigen auch die der anderen Nahrungsmittel, besonders der Kartoffeln. Leute in unseren Grenzdistrikten holen sich das billige Brot und Fleisch von jenseits der Grenze. Der Unterschied beträgt nach einem nicht sozialdemokratisches Blatt, für 6 Pfund Mehl 30 Pf., für 6 Pfund Brod 20 Pf., für 2 Kilogr. Speck oder Fleisch 40 Pf. Dabei blüht der Schmuggel, der stets treue Begleiter der Schuhjölle, als Ausdruck der Empörung des armen Volkes gegen die Gesetze, welche unwissende Regierungen ihm auferlegen. Eine Reihe städtischer Behörden läßt sich von den Kommunen hohe Credits bewilligen, um die Not zu lindern. Verschiedene Lehrer haben in ihren Schulen constatirt — die Nachricht stammt nicht aus unserer Presse —, daß von 60 Schülern 15 hungrig in die Schule geschickt werden. Die Zunahme der Eigentumsverbrechen, der Verrocung steht mit den hohen Lebensmittelpreisen im engsten Zusammenhang. Not ist immer die Mutter der Verbrechen, und es ist lehrreich für die Herren Agrarier, daß gerade in ihrer Domäne, in Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien, in den letzten Jahren der größte Prozentsatz an Diebstählen vorgekommen ist, bis zu 50 Proc., während er im Westen bis auf 10 Proc. in Westfalen fällt. Bei der Landwirtschaft ist am wenigsten von einer Notlage die Rede. Über die beiden moralisch verunlückten Pastoren in Schleswig-Holstein spricht der Götzsche „Reichsbote“: Beide Pastoren wurden durch das üppige Leben der reichen Bauern ihrer Gemeinden in Versuchung geführt. Das zeugt auch nicht von grausamer Not der Bauern. Vor kurzer Zeit ging durch die Presse die Schilbeitung einer Bauernhochzeit auf welcher 170 Theilnehmer ein Kind, mehrere Schweine und viele Centner Karpen verzehrten. Der Pachtvertrag der preußischen Domänen hat sich in den letzten Jahren um das Dreifache erhöht: beweist das alles einen landwirtschaftlichen Notstand? Die Lage der Arbeiter aber ist durch die landwirtschaftlichen Jölle in keiner Weise verbessert worden. Die Regierung erklärt immer, für die Besserung des Familienlebens einzutreten zu wollen; sie kann es am besten durch Abschaffung der Lebensmitteljölle. Alle, die ein Herz für das Wohl des Volkes haben, bitte ich, diesem Antrage zuzustimmen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Bock (Soc.): Wir haben für die Handelsverträge gestimmt. Trotzdem können wir den unausgefehlten Kampf auf Beseitigung aller Jölle auf Nahrungsmittel nicht aufgeben und müssen daher auch bei der gegenwärtigen Situation unseres Antrags aufrecht erhalten. Noch vor einem Jahre schien es ausichtslos, an den Jölle rütteln zu wollen; der Reichskanzler rührte sich, er werde gegen den Strom schwimmen, er hat es aber leider mit geringem Erfolg gethan. In vielen Gegenden herrscht wirklicher Notstand, wie die Landräthe constatiren. Die Getreidejölle haben der Landwirtschaft und ihren Arbeitern nicht geholfen, und in gewerblichen Kreisen ist es nicht besser. Im Gothaischen Wahlkreise sind Löhne von 5–7 Mk. pro Woche bei 14–15 Stundenlänger Arbeitszeit constatiert worden, und zwar von nationalischem Seite. Mit den Getreidepreisen steigen auch die der anderen Nahrungsmittel, besonders der Kartoffeln. Leute in unseren Grenzdistrikten holen sich das billige Brot und Fleisch von jenseits der Grenze. Der Unterschied beträgt nach einem nicht sozialdemokratisches Blatt, für 6 Pfund Mehl 30 Pf., für 6 Pfund Brod 20 Pf., für 2 Kilogr. Speck oder Fleisch 40 Pf. Dabei blüht der Schmuggel, der stets treue Begleiter der Schuhjölle, als Ausdruck der Empörung des armen Volkes gegen die Gesetze, welche unwissende Regierungen ihm auferlegen. Eine Reihe städtischer Behörden läßt sich von den Kommunen hohe Credits bewilligen, um die Not zu lindern. Verschiedene Lehrer haben in ihren Schulen constatirt — die Nachricht stammt nicht aus unserer Presse —, daß von 60 Schülern 15 hungrig in die Schule geschickt werden. Die Zunahme der Eigentumsverbrechen, der Verrocung steht mit den hohen Lebensmittelpreisen im engsten Zusammenhang. Not ist immer die Mutter der Verbrechen, und es ist lehrreich für die Herren Agrarier, daß gerade in ihrer Domäne, in Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien, in den letzten Jahren der größte Prozentsatz an Diebstählen vorgekommen ist, bis zu 50 Proc., während er im Westen bis auf 10 Proc. in Westfalen fällt. Bei der Landwirtschaft ist am wenigsten von einer Notlage die Rede. Über die beiden moralisch verunlückten Pastoren in Schleswig-Holstein spricht der Götzsche „Reichsbote“: Beide Pastoren wurden durch das üppige Leben der reichen Bauern ihrer Gemeinden in Versuchung geführt. Das zeugt auch nicht von grausamer Not der Bauern. Vor kurzer Zeit ging durch die Presse die Schilbeitung einer Bauernhochzeit auf welcher 170 Theilnehmer ein Kind, mehrere Schweine und viele Centner Karpen verzehrten. Der Pachtvertrag der preußischen Domänen hat sich in den letzten Jahren um das Dreifache erhöht: beweist das alles einen landwirtschaftlichen Notstand? Die Lage der Arbeiter aber ist durch die landwirtschaftlichen Jölle in keiner Weise verbessert worden. Die Regierung erklärt immer, für die Besserung des Familienlebens einzutreten zu wollen; sie kann es am besten durch Abschaffung der Lebensmitteljölle. Alle, die ein Herz für das Wohl des Volkes haben, bitte ich, diesem Antrage zuzustimmen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Mantufoffel (cons.): Da wir diesen Gegenstand schon bei den Handelsverträgen genügend erörtert haben, alles, was der Vorredner vorgebracht hat, schon widerlegt ist, befränke ich mich darauf, zu bitten, den Antrag Auer abzulehnen. Der Notstand, unter dem einige Theile Deutschlands leiden, kommt nicht von den Jölle, sondern von der schlechten Ernte; das beweist die Not in Russland, einem sonst Getreide

exportirenden Land. Daß die Löhne der ländlichen Arbeiter seit 20 Jahren nicht gestiegen sind, ist unglaublich, holsteinischer Jöle neuer 210–216. — Rosgen Jöle ruhig, medlenburgischer Jöle neuer 215–222, russ. Jöle ruhig, neuer 190–192. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rübbel (unverzollt) ruhig, Jöle 58.00. — Spiritus matt, per Febr.-März 35½ Br., per April-Mai 35½ Br., per Mai-Juni 35½ Br. — Kaffee ruhig, Umtab — Sach. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6.35 Br. per Mai 6.15 Br. — Weizen: Brachvoll.

Hamburg, 24. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer Jöle neuer 210–216. — Rosgen Jöle ruhig, medlenburgischer Jöle neuer 215–222, russ. Jöle ruhig, neuer 190–192. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rübbel (unverzollt) ruhig, Jöle 58.00. — Spiritus matt, per Febr.-März 35½ Br., per April-Mai 35½ Br., per Mai-Juni 35½ Br. — Kaffee Good average Santos per

